



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/147 - 4. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Kreuzritter oder Vermittler ? Die Rolle der Bundesrepublik im Ost-West-Gespräch	68
3	Kairo - eine neue Politik im Werden Anmerkungen zum Jugoslawienbesuch Nassers	46
4	Schlusss mit der Quacksalberei Kritik am Regierungsentwurf zum Arzneimittelgesetz	45
5 - 6	Drei Stunden Deutschunterricht zu wenig Gefordert werden in der Tschechoslowakei 4 - 6 Stunden	71
7	Eine notwendige Ernennung Sozialminister Blank und die Gewerkschaften	35

* * * * *
* * *

Kreuzritter oder Vermittler ?

sp - Moskau hat mit seinem Vorschlag an die USA, eine Sachverständigenkonferenz zur Überprüfung von Massnahmen gegen Überraschungsangriffe die westliche Welt wieder einmal in Erstaunen versetzt. Der entsprechende Brief Chruschtschows an Eisenhower erweitert praktisch die zurzeit in Genf stattfindenden Sachverständigenbesprechungen zur Untersuchung internationaler Kontrollmöglichkeiten von A- und H-Bombenversuchen auf das Gebiet der allgemeinen Kriegsführung. Er stellt nicht nur die Verbindung zu früheren Vorschlägen Eisenhowers ähnlicher Art an die Sowjetunion her, sondern ist im gewissen Sinne auch unmittelbar eine Fortsetzung der Diskussionen auf der letzten Genfer Ausserministerkonferenz im Spätherbst 1955.

Der Westen hat auf die neuen Vorschläge Chruschtschows zwar vorsichtig aber doch positiv reagiert. Unabhängig davon, wie nun das letzte Schreiben Chruschtschows in der Praxis weiter behandelt wird, darf wohl zur Erleichterung der ganzen Welt festgestellt werden: Ost und West bleiben miteinander im Gespräch und zwar auf mehreren Ebenen zugleich.

Nach der verständlichen Welle der Erregung, die die ganze westliche Welt sofort bei Bekanntwerden der schrecklichen Budapester Urteile ergriffen hatte, tritt nun plötzlich wieder das Bemühen in Erscheinung, Spannungen abzubauen. Es haben sich merkwürdige Vorgänge in den letzten Tagen ereignet. Während noch die Weltpresse angefüllt war mit Meldungen über den erhöhten Druck Moskaus auf Tito wurden wir durch die Nachricht überrascht, der Kroat wolle mit Jugoslawien erneut intensive Wirtschaftsverhandlungen aufnehmen. Etwa um die gleiche Zeit beschloss man in London, die Embargoliste für die nach den Oststaaten aus dem Westen zu liefernden Waren erheblich zu lockern. In Fachkreisen ist bekannt, dass diese Liste, die hauptsächlich für die Oststaaten kriegswichtige Güter enthält, praktisch schon lange durchlöchert ist, vor allem von den Engländern und Franzosen. Man hat den Beschluss trotzdem gefasst, um erstens der Entwicklung der Praxis nicht noch weiter nachzuhinken, und zweitens, um neue Marktsondierungen der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung in den Ostblockstaaten

anpassen zu können. Das heisst mit anderen Worten, die Wirtschaft der westlichen Staaten bereitet sich auf eine Entspannungsperiode vor, in der sie selbstverständlich "im Geschäft" bleiben möchte. Sie ist offenbar hellhöriger als manche Politiker, die immer noch glauben, mit ausschliesslich militärischen Mitteln "Politik" machen zu können.

Bei all dem entsteht die Frage, welche Rolle die Bundesrepublik jetzt spielen könnte. Die Rolle eines Kreuzritters an der Grenze des vermeintlichen Angreifers, oder die des aktiven Vermittlers?

Die westdeutschen Industriellen, die jetzt aus der Sowjetunion zurückgekehrt sind, scheinen nach allem, was man bisher gehört hat, willens zu sein, die zweite Rolle lieber zu spielen als die erste. Sie wissen genau, dass per Saldo die Beteiligung am Rüstungswettlauf kein Geschäft ist. Die von ihnen beherrschten Industrien wären im Ernstfall in wenigen Minuten ein wüster Trümmerhaufen. Man hat zwar sinnigerweise in den letzten Tagen bekanntgegeben, dass deutsches Kapital unter günstigen Bedingungen auch im Ausland angelegt werden könne, hört jedoch, dass diejenigen, die sich dafür interessieren könnten, gar nicht so erpicht darauf sind, die ihnen gebotene Chance wahrzunehmen. Sie wollen lieber "am Mann" bleiben, das heisst ebenso in das aktive Ost-West-Geschäft eingeschaltet werden wie ihre englischen und französischen Kollegen.

Deshalb kommen wir noch einmal auf den in dieser Woche vom Bundestag einstimmig gefassten Beschluss zur Aktivierung einer weitschauenden Deutschlandpolitik zurück. Dieser Beschluss gehört durchaus in das Bild einer Entwicklung, die bei allem Vorbehalt und Misstrauen gegenüber kommunistischen Machtbestrebungen tatkräftige Förderung verdient. Die Machthaber in Ost und West wissen, dass heute bereits genügend nukleare Waffen vorhanden sind, um die ganze Welt zerstören zu können. Die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs ist also ein Unsinn an sich; denn wenn sich jetzt schon einer "mächtig" zeigen wollte - er könnte es! Die Macht im Quadrat überschlägt sich, und eine höhere Steigerung als den Superlativ gibt es nicht.

Logisch wäre es also für die deutsche Politik, jeden Ansatz zur Entspannung aufzuspüren und ihn mit ganzer Kraft weiterzuentwickeln. Möglichkeiten hierfür sind genügend vorhanden!

Kairo - eine neue Politik im Werden

H.E.D. Die Begegnung Gamal Abdel Nassers mit dem jugoslawischen Staatschef Tito ist nicht das erste Zusammentreffen der beiden Politiker, und es wird wahrscheinlich auch nicht das letzte sein. Der Unterschied zur Vergangenheit liegt darin, dass es damals für Nasser noch nicht die Suez-Intervention der Franzosen und Briten gab, und dass Tito noch nicht mit der Erfahrung der ungarischen Revolution konfrontiert war. Zwei wichtige Ereignisse, die die staatspolitischen Fähigkeiten beider Staatsmänner bis zum Äussersten strapaziert haben, die aber auch bewiesen haben, dass sowohl Kairo als auch Belgrad, wenn auch hart angeschlagen, die gefährliche Bedrohung überlebt haben. Dies ist ein Fundus an innerer Stabilität, der nicht unterschätzt werden sollte. Und es ist nicht von ungefähr, dass Jugoslawien wie auch die Vereinigte Arabische Republik in die Lage versetzt sind, mit diesem Pfund wuchern zu können, auch wenn, oder gerade weil die gegenwärtige Lage an beide Länder erneut grosse Anforderungen in politischer und diplomatischer Hinsicht stellt.

Kurz vor der Aoreise des Kairoer Staatschefs nach Jugoslawien fand eine bedeutsame Zusammenkunft in der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Republik statt. Dr. Kwame Nkrumah, der Ministerpräsident des Staates Ghana, konferierte mehrere Tage lang mit Nasser. Hierbei wurde ersichtlich, dass alle Vermutungen, die von einer Rivalität zwischen Kairo und Accra sprachen, in den Bereich des Wunschenkens gewisser westlicher Kreise verwiesen werden konnten. Denn Nasser hat mit aller Deutlichkeit erklärt, dass er seinen westafrikanischen Kollegen in dem Bemühen um die Unabhängigkeit des "schwarzen Afrikas" unterstützen werde, ja dass die Vereinigte Arabische Republik bereit sei, mit allen verfügbaren Mitteln, die afrikanische Emanzipation voranzutreiben, an deren Ende souveräne und vollkommen freie afrikanische Staaten stehen müssten. Damit hat die Vereinigte Arabische Republik auf jegliche Hegemonie im afrikanischen Raum verzichtet.

Man geht nicht fehl in der Annahme, dass Nasser mit dieser Erklärung seinen wohl grössten diplomatischen Sieg seit der Suez-Krise feiern kann, verschafft dieser ihm doch die Möglichkeit, ungehindert durch Ressentiments schwarzer Nationalisten, die Sache der arabischen Einheit als vorrangige Aufgabe Kairoes in Angriff zu nehmen. Damit verbunden aber ist eine Neuregelung der Verhältnisse im gesamten Mittelmeerraum. Auch hier erwies sich der Staatschef geschickter und klüger als der Westen annahm. Er befürwortete die Ankunft der UN-Beobachter in Libanon und zerschlug damit das Gewebe von Legenden, die ihn als einen Störenfried hinstellen versuchten. Und auch in dem wahrscheinlichen Zusammentreffen mit Griechenlands Außenminister Awaroff gibt es eine entscheidende Rolle für Nasser. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, bereitet sich hinter den starren Fronten der Weltmächte eine Umgruppierung vor, die jenseits historischer Grenzen steht.

+ + +

Schluss mit der Quacksalberei

H.M. In der Bundesrepublik haben nicht nur Lebensmittelfälscher sondern auch Arzneimittelfuscher ein wohlstandsgesegnetes Arbeitsfeld. Beiden steht die unzulängliche Aufsichtsregelung des Gesetzgebers hilfreich zur Seite. Im Jahre 1901 wurde "urkundlich Unserer Höchstseigenen Unterschrift und beigedruckter Kaiserlichen Insiegel" eine Kabinettsorder erlassen, die den Verkehr mit Arzneimitteln reglementiert. Seither ist dies die gesetzliche Grundlage für die Herstellung und den Verkauf von Medikamenten oder als solcher gekennzeichneten Produkte geblieben. Ihre Zahl ist zwischenzeitlich auf über 35 000 angeschwollen, und jeder kann, ohne die Fachkunde eines Arztes, Apothekers, Chemikers oder Physikers zu besitzen, die Arzneimittelherstellung als Gewerbebetrieb aufziehen und betreiben. Zwar ist ausgesprochenen Laien die Betätigung auf diesem Gebiet untersagt und nur ausnahmsweise zu erlauben, aber die Landesmedizinalbehörden haben diese Ausnahme zur Regel gemacht.

Die nahezu uneingeschränkte Freizügigkeit, Arzneimittel zu erzeugen, hat bei allen Fortschritten, die in der Pharmazie erzielt werden konnten, auch ihre nicht zu überschenden Schattenseiten. Eine Flut von unterwertigen Heilmitteln hat den Markt überschwemmt, die dem einstigen Ruf Deutschlands als "Apotheke der Welt" ernsthaften Schaden zufügt. Professor Forst, Direktor des Pharmakologischen Instituts der Universität München, warnte schon vor einiger Zeit die Öffentlichkeit und die für die Gesundheit der Bevölkerung verantwortlichen Behörden vor der "leider recht grossen Zahl von Unternehmen, die - mögen sie auch noch so modern aufgemacht sein - lediglich auf Grund erkaufter Gefälligkeitgutachten verantwortungsloser Ärzte unter Beigabe dilettantischer Begründungen und oft sogar unrichtiger Deklarationen Arzt, Apotheker und Patienten zu benebeln suchen".

Auch Professor Schlemmer vom Arzneiprüfungsinstitut München verwies unlängst auf den "hemungslosen Schwindel" am Arzneimittelmarkt. Er betonte, dass es um seine Überwachung noch schlechter bestellt sei als bei den Lebensmitteln. Auch der gegenwärtig in Arbeit befindliche Regierungsentwurf zum Arzneimittelgesetz könne die krasen Mißstände nicht abstellen. Hier helfe nur ein "ganz straffes Gesetz", mit dem nach Stand der Dinge jedoch nicht zu rechnen ist. Es bleibt überhaupt fraglich, ob der entsprechende Entwurf, dessen Vorlage von der SPD gefordert wurde, termingemäss dem Parlament zur Beratung zugeleitet werden kann. Die vielen "Rücksichten", die die Bundesregierung bei seiner Formulierung zu nehmen hat, mögen daran ersichtlich werden, dass nicht weniger als 38 Berufs- und Wirtschaftsverbände "gutsachterlich gehört" wurden. Wir meinen aber, die hauptsächlichste Rücksichtnahme ist man dem heilungsuchenden Patienten schuldig. Darum ist die gesetzliche Regelung des Arzneimittelverkehrs besonders eilbedürftig. Es wird Zeit, dass der Arzneimittelmarkt von seinen bedenklichen Auswüchsen befreit wird.

+ - +

Drei Stunden Deutschunterricht zu wenig

rh - Während der letzten Wochen des Schuljahrs, das in der Tschechoslowakei Ende Juni abgeschlossen wird, tagten in den Landkreisen mit deutscher Bevölkerung Zusammenkünfte der Leiter der deutschen Schulzirkel. Es kann dies als ein weiterer Fortschritt bei der Erteilung von Deutschunterricht an die Kinder deutscher Eltern angesehen werden, denn derartige Zusammenkünfte ergeben ein gewisses Mass ständiger Kontrolle, die bisher gefehlt hat. Die Kontrolle bezieht sich darauf, dass die Bildung derartiger Schulzirkel nicht aus irgendwelchen fadenscheinigen Gründen unterbleibt oder den Unterricht eine Lehrkraft erteilt, die das Deutsche nur mangelhaft mächtig ist. Derartige Anlaufschwierigkeiten scheinen im grossen und ganzen überwunden zu sein; es ist heute praktisch möglich, dass deutsche Eltern ihren die tschechische Schule besuchenden Kindern einen dreistündigen Deutschunterricht wöchentlich verschaffen. Auch die Fälle, wo keine Anmeldeformulare vorhanden waren und ein Deutschzirkel also nicht fristgemäss angemeldet werden konnte, dürften nur noch sporadisch sein.

Das Prager Regime hat sich zum Unterschied vom Warschauer, das in Niederschlesien und Pommern vor fünf Jahren ein deutsches Schulwesen einrichtete, nicht dazu entschliessen können, den in Böhmen, Mähren und der Slowakei noch lebenden Deutschen deutsche Schulen zu bewilligen. Dabei waren damals (vor fünf Jahren) auch offiziell in der Tschechoslowakei mehr Deutsche vorhanden. Prag genehmigte zwei Deutschstunden wöchentlich an solchen Schulen, wo eine genügende Anzahl von Schülern von ihren Eltern angemeldet wurde. In vielen Gebieten klappte es mit diesen Anmeldungen nicht, weil ihre Durchführung von den Schulleitungen sabotiert wurde, die sich um entsprechende Lehrkräfte zu kümmern hatten. Solche Lehrkräfte waren vielfach nicht vorhanden, und es bedurfte erst einer starken Anstrengung der deutschen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, bis man Kurse für Deutschlehrer einrichtete und deren Betätigung anziehend machte. Viele Eltern waren damals noch so verschüchtert, dass sie auf einen besonderen Deutschunterricht für ihre Kinder keinen Wert legten.

Seitdem aber die Prager deutsche Zeitung "Aufbau und Frieden" Berichte über die oft problematische Einführung der Deutschstunden

zu veröffentlichen begann und ihre Leser ständig aufforderte, sich um den Deutschunterricht ihrer Kinder zu kümmern, nahmen die Quartreibereien in den Orten mit deutscher Bevölkerung ab, und es fanden sich sogar Lehrkräfte, die aus den Deutschzirkeln deutsche Kinderchöre und jugendliche Kulturgruppen entwickelten. Es stellte sich bald heraus, dass zwei Stunden nicht ausreichten, und es wurden drei bewilligt. Dagegen verstümmten Berichte darüber, dass erst noch genügend Lehrer für deutsche Schulen herangebildet werden müssten und man eventuell aus der Sowjetzone deutsche Lehrkräfte heranziehen werde, mit der Zeit vollkommen. Sie gehörten offensichtlich in die gleiche Richtung, die eine deutsche Tageszeitung in Prag in Aussicht stellte, zu deren Herausgabe es aber bisher wegen "Papiermangels" noch nicht gekommen ist.

Immerhin aber werden die Deutschzirkel nicht nur über die Zusammenkünfte der Leiter, sondern auch von eigenen Kommissionen kontrolliert, die im vergangenen Schuljahr zum ersten Mal im Kreis Reichenberg in Erscheinung traten. Eine dieser Kommissionen steht offenbar unter Leitung des deutschen Abgeordneten für den Wahlkreis Gablonz II, Müller, der zusammen mit einem Journalisten der Prager Zeitung, einer Journalistin der deutschen Jugend-Monatschrift und deutschen Lehrfachkräften einzelne dieser Schulzirkel besuchte und sich persönlich über die Lehrmethode und die Erfolge bei den deutschen Kindern informierte. Dadurch haben auch die Zusammenkünfte der Schulzirkelleiter einen anderen Sinn und Inhalt erhalten, denn es wird bereits darüber gesprochen, wo und warum sich Schwierigkeiten beim Deutschunterricht ergeben und wie sie abgestellt werden könnten. Da auch in den jetzt regelmässiger einberufenen Ortsversammlungen der Deutschen die Frage des Deutschunterrichts immer wieder angeschnitten wird, kann der Erhaltung der deutschen Sprache unter der deutschen Schuljugend und vor allem der Beherrschung eines richtigen Deutsch eine bessere Prognose als noch vor einigen Jahren gestellt werden. Inzwischen haben sich ja auch rund 30 deutsche Kulturgruppen in der Tschechoslowakei entwickelt, und die deutsche Wanderbühne ist zu einer ständigen Einrichtung geworden.

Die Leiter der deutschen Schulzirkel im Kreis Reichenberg haben bei ihrer Tagung die Forderung erhoben, die Zahl der Deutschstunden zu erweitern. Bei 15 Schülern werden vier, bei mehr als 25 Schülern wöchentlich sechs Stunden verlangt. Es kann angenommen werden, dass diesem Verlangen entsprochen wird.

Eine notwendige Ermahnung

sp - Am späteren Donnerstag Abend kam es im Bundestag zu einer für die weitere Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung äusserst wichtigen Episode, die leider in der allgemeinen Berichterstattung über die Haushaltsdebatte untergegangen ist. Der sozialdemokratische Abgeordnete Frehsee, Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und Mitglied des Vorstandes des DGB, bezeichnete den Freitag vergangener Woche, als sich Bundesminister Blank zu unqualifizierten Ausfällen gegen die Gewerkschaften hinreissen liess und mit der Spaltung der Einheitsgewerkschaft drohte, als einen "schwarzen Tag für alle, die um das Schicksal der jungen deutschen Demokratie bangen".

Frehsee forderte von Blank die in dessen Art angemessene Überparteilichkeit im Verhältnis zu den Sozialpartnern und verwahrte sich dagegen, dass sich der Minister in die inneren Verhältnisse der Gewerkschaften einmische. Stellungnahmen eines Ministers werden in der Öffentlichkeit meist als offizielle Meinungsäusserungen der Regierung betrachtet. Ein Minister, der diese Grundhaltung vermissen lasse, setze sich in Gegensatz sogar zu Äusserungen des Bundeskanzlers; der auf dem letzten DGB-Bundeskongress auf die Verdienste der Gewerkschaften beim Aufbau des Staates und im Kampf gegen den Kommunismus hingewiesen und erklärt hatte, diese Leistungen würden im Buch der Geschichte mit goldenen Lettern vermerkt werden. Wenn Blank an den Gewerkschaften etwas auszusetzen habe, dann solle er seinen Standpunkt als Mitglied der IG-Bergbau und des DGB in der Organisation selbst vertreten. Von ausserhalb her aber den Gewerkschaften mit der Spaltung zu drohen, sei gleichbedeutend mit der Vertiefung des Grabens, der ohnehin durch den Teil des deutschen Volkes gehe, der hier in der Bundesrepublik lebe.

Die Reaktion des Ministers Blank war bezeichnend. Er beschränkte sich darauf, die Ermahnung des Abgeordneten Frehsee mit der Bemerkung abzutun, er habe nicht als Minister, sondern als Abgeordneter gesprochen. Peinlich berührt und ohne auf diese in der Sache ausweichende Erklärung des Ministers einzugehen, sah sich schliesslich der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU, Abgeordneter Hopp, veranlasst, dem Minister ein Vertrauensvotum seiner Partei zu übermitteln. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass Minister Blank mit seinen Ausfällen vom Freitag vergangener Woche die heftigste Kritik bei seinen eigenen Parteifreunden ausgelöst hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel